

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE.

Thema: Schulpsychologische Beratung in Sachsen verbessern.

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

dem Landtag bis zum 31. Dezember 2015 ein auf der Basis einer wissenschaftlichen Evaluation der Tätigkeit der Schulpsychologen und des Bedarfs an psychologischer Beratung an den Schulen erarbeitetes „Konzept zur Schulpsychologischen Beratung im Freistaat Sachsen“ vorzulegen, mit dem

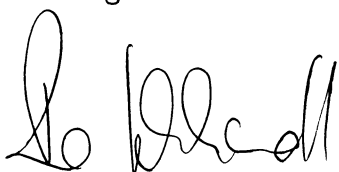
- eine wirkungsvoll und rechtzeitig einsetzende Schulpsychologische Beratung,
- ein dem steigenden Bedarf an psychologischer Beratung in allen Schularten entsprechendes differenziertes Beratungsangebot,
- die dazu erforderliche Sach- und Finanzausstattung des Schulpsychologischen Beratungsdiensts,
- eine deutliche Aufstockung des Fachpersonals (Schulpsychologen) auf der Grundlage eines möglichst niedrigen Beratungs-/Betreuungsschlüssels,
- eine schulnahe verwaltungsorganisatorische Einbindung der Schulpsychologischen Beratung und des entsprechenden Fachpersonals,
- eine aufgabenbezogene Aus-/Weiterbildung und Qualifizierung des entsprechenden Fachpersonals, der Beratungslehrer und der Lehrer in allen Schularten

langfristig garantiert und ausgebaut werden kann.

B e g r ü n d u n g:

Nach einer Analyse des Bundesverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. – BDP – besteht in den Bundesländern eine katastrophale Unterversorgung mit Schulpsychologen (vgl. Pressemitteilung des BDP Nr. 15/14 vom 11. November 2014). Zu den Schlusslichtern zählt insbesondere der Freistaat Sachsen mit 32 in der Schulpsychologischen Beratung tätigen Psychologen. Auf einen Schulpsychologen kamen hierzu-lande im Schuljahr 2013/2014 ca. 14.318 Schüler. Nur Niedersachsen kommt auf einen schlechteren Schnitt. In Sachsen-Anhalt beträgt die Versorgungszahl ca. 10.000 und in Thüringen ca. 7.000.

- b.w. -



Rico Gebhardt,
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 3. Februar 2015

Eingegangen am: 03. Feb. 2015 Ausgegeben am: 04. Feb. 2015

„Die bereits 1973 durch die Kultusministerkonferenz und durch die Bund-Länder-Kommission empfohlene Mindestversorgung von einem Schulpsychologen auf 5.000 Schüler erreichen nach unseren aktuellen Erhebungen nur drei von sechzehn Bundesländern“, erklärte der Präsident des BDP Prof. Dr. Michael Krämer. „Für die Schulen sind mehr psychologische Kompetenzen notwendig, sonst können die aktuellen Herausforderungen wie die Umstellung auf die Inklusion oder die Unterstützung von Kindern aus Kriegsgebieten in der Schule nicht bewältigt werden.“

Der Landesschülerrat spricht angesichts der Zahlen von einem „Notstand bei Psychologen“. Er verweist darauf, dass die Anforderungen an die Schulpsychologen aufgrund der notwendigen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingskindern steigen werden.

Die vorstehende Kritik macht sich die einreichende Fraktion DIE LINKE. zu Eigen und erachtet es angesichts des weiter steigenden Bedarfs an psychologischer Beratung in sächsischen Schulen für dringend geboten, mehr Fachpersonal für die Schulpsychologische Beratung bereitzustellen.